

AKTUELL

GLEICHSTELLUNG

40-Prozent-Quote

Anina Valle Thiele

In puncto Parität liest sich das Koalitionsabkommen wie ein ambitionierter Wunschkatalog. Ob die Maßnahmen aber ausreichen werden, die Gleichstellung voranzubringen?

Vielleicht haben die zahlreichen Appelle des Nationalen Frauenrats und der Druck von NGOs und Medien ja doch geholfen. Ist es die Handschrift der Grünen oder ist es den Sozialisten zu verdanken, die aus der Kritik an dem niedrigen Frauenanteil auf ihren Listen möglicherweise gelernt haben? Wie auch immer - Gambia scheint sich jedenfalls in Sachen Gleichstellung etwas vorgenommen zu haben, auch wenn die neue Regierung selbst Parität in den eigenen Reihen nicht erreicht. Mit Lydia Mutsch als neuer Ressort-Ministerin könnte dies jedoch gelingen, hat sie sich doch in ihrer Zeit als Bürgermeisterin von Esch immer wieder für Gleichstellungsprojekte engagiert. Fünf Seiten im Koalitionsabkommen sind explizit der Gleichstellung gewidmet, und an zahlreichen anderen Stellen, wie etwa im Kapitel „Arbeit“, sind Bezüge zu dem Thema eingestreut. So will Gambia ein Gesetz gegen das Mobbing ausarbeiten und auch der nach wie vor ungleichen Bezahlung durch ein verschärftes Gesetz zur Lohngleichheit begegnen. „Les inégalités salariales entre femmes et hommes seront abolies par la force de la loi“, heißt es explizit im Koalitionsabkommen ohne dass die dazu notwendigen Sanktionsmechanismen erläutert würden. Neben einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten will Gambia einen besseren Rahmen für Alleinerziehende schaffen und verspricht, sich um die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben zu bemühen. Nach einer Bewertung der Lage soll ein nationales Programm entwickelt werden, damit Unternehmen stärker von sich aus dazu beitragen, Arbeits- und Privatleben vereinbar zu machen. Gender-Mainstreaming wird im öffentlichen Dienst wie auf kommunaler Ebene befürwortet.

Eine 40-Prozent-Quote für Frauen soll im Parteiengesetz verankert werden und sich auf die Listenplätze beziehen. Im Falle der Nicht-Einhaltung drohen finanzielle Sanktionen. Diese Quote soll schon bei den nächsten Parlamentswahlen wirksam werden und auch für die Besetzung der Verwaltungsräte in öffentlichen Institutionen, an denen der Staat beteiligt

ist, also zum Beispiel der Uni, gelten. Auch wenn kleinere und mittlere Betriebe in Luxemburg nicht unter diese Regelung fallen, soll bis 2019 ein Anteil von 40 Prozent Frauen in den Verwaltungsräten erreicht werden. Readings EU-Direktive für börsennotierte Unternehmen wird einhellig unterstützt, konkrete Maßnahmen in der Privatwirtschaft wie die „actions positives“ begrüßt.

Fünf Seiten im Koalitionsabkommen

Dass die neue Regierung da ansetzt, wo ihre Vorgänger aufgehört haben, wird daran deutlich, dass Diskriminierung weiterhin durch bis dato eher wirkungsneutrale Informationskampagnen entgegengewirkt werden soll. Im Bereich der Videospiele, der audiovisuellen und Printmedien werde man den Status quo evaluieren, um entsprechend zu sensibilisieren. Aufklärungskampagnen wie „sexuelle Aufklärung“ sollen „im gegenseitigen Respekt auf der Basis von Gleichheit“ gestaltet werden, heißt es etwas schwammig.

Konstruktiv erscheint die Absichtserklärung, Frauen „in Krisensituationen“, sprich etwa Betroffene von häuslicher Gewalt, zu stärken. So sollen die Strukturen ausgebaut und „Synergien genutzt“ werden. Maßnahmen, die bei Organisationen wie „Femmes en détresse“ sowie den chronisch überfüllten Frauenhäusern großen Beifall finden dürften.

Zu realen Verbesserungen könnte es bei Prostitution und dem Schwangerschaftsabbruch kommen. So ist beabsichtigt, der Prostitution einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Ob damit tatsächlich der Schutz der Frauen wie auch eine Entkriminalisierung des Gewerbes erreicht werden kann, ist fraglich. Eine Bestrafung der „nachfragenden“ Männer nach schwedischem oder französischem Vorbild sieht der Koalitionsvertrag nicht vor. Zudem sollen der Schwangerschaftsabbruch erneut reformiert und „jede Form der Genitalverstümmelung“ verboten werden. Dies könnte einen Quantensprung für Intersexuelle bedeuten, war es doch bei Uneindeutigkeit des Geschlechts bisher auch in Luxemburg herrschende Praxis, sogenannte „geschlechtsangleichende Maßnahmen“, durchzuführen.

SHORT NEWS

Eglise catholique : on lâche rien !

(lc) - Les nouveaux ministres n'avaient pas encore tous eu le temps de s'installer dans leur bureau que déjà l'église catholique a cru bon montrer ses crocs. Dans une conférence de presse jeudi matin, le vicaire général Erny Gillen a critiqué sur un ton assez dur les plans des coalitionnaires concernant le futur des relations entre les communautés religieuses et l'Etat, en les traitant d'hypocrites qui n'auraient pas cherché le dialogue. Cela montre bien que le fait d'être coupée du pouvoir n'est pas du goût de l'église. Ou que, comme l'avait formulé le président des socialistes lors du congrès extraordinaire cette semaine : « Ce furent les premières négociations pour une coalition pendant lesquelles l'église catholique n'a pas été tenue au courant. » Reste à savoir si chercher le dialogue avec une institution qui ne fait que camper sur ses positions et ses privilèges fait vraiment sens. Car, pour illustrer son attachement au catéchisme, l'église a fait présenter encore un sondage de TNS-Ilres, qui dit la même chose que celle de 2008 (voir woxx 1243) - et qui ne pose pas les bonnes questions. En bref : si une majorité des gens approuve qu'il est bien d'avoir le choix entre catéchisme et morale laïque, on ne peut toujours pas en faire une plaidoirie en faveur du catéchisme.

Génération sacrifiée

(dv) - Il faut l'admettre : la couverture du nouveau numéro du mensuel Forum est particulièrement réussie. Réalisée par le jeune artiste luxembourgeois Vincent Biwer, elle représente un jeune chômeur qui passe par toutes les phases du désespoir de ne pas trouver d'emploi. Le chômage des jeunes est le dossier principal de ce numéro. A ce propos, plusieurs contributeurs figurent dans le dossier : de la directrice de l'Adem Gaby Wagner au directeur de la chaîne « Cactus » Laurent Schonckert, en passant Fränz Waldbillig, Emmanuel Cornélius et Jeff Kintzelé. Comme d'habitude, d'autres sujets hors couverture seront abordés. Forum ne pouvait faire l'impasse sur les élections et la formation de la nouvelle coalition, tâche à laquelle s'attelle l'éditeur Jürgen Stoldt. Evidemment, des analyses portant sur l'évolution future du CSV y sont également présentes, notamment celle de Pierre Lorang, ancien président de la jeunesse chrétienne-sociale et journaliste au Wort, connu pour son positionnement à gauche du parti, et qui tente une comparaison avec la démocratie-chrétienne belge. Et pour revenir à plus artistique, Christian Mosar (entre autres le photographe maison du woxx) décrit le développement artistique du caricaturiste du Forum, Carlo Schmitz.

Mehr Rechte für Menschen mit Behinderung

(avt) - Die Passagen zum Bereich Inklusion und Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Koalitionsvertrag stimmen optimistisch. Die neue Regierung will Menschen mit spezifischen Bedürfnissen aktiv ins Arbeitsleben integrieren. Seltsamerweise wird als erste Maßnahme angegeben, die Strukturen der „ateliers protégés“ auszubauen und erst danach eine Behindertenquote für den öffentlichen und privaten Sektor gefordert, die Menschen mit Behinderung real auf dem ersten Arbeitsmarkt inkludiert. Im Kapitel zu „Infrastruktur“ findet sich leider keine einzige Passage zu „Barrierefreiheit“, dafür aber im Kapitel „Familie und Integration“. So stützt sich das Unterkapitel „Politik gegenüber Menschen mit Behinderung“ auf die Behindertenrechtskonvention und es wird deutlich, dass die Forderung nach Inklusion und Barrierefreiheit im Koalitionsvertrag transversal zu lesen ist. Forderungen wie „Design für alle“, Barrierefreiheit im Öffentlichen Dienst und im Privatsektor finden darin genauso Erwähnung, wie die Forderung nach Leichter Sprache im Internet und der offiziellen Anerkennung der Gebärdensprache (!) Auch persönliche Assistenz und autonome Wohngemeinschaften sollen gefördert werden. Ob dieser traumhaft anmutende Maßnahmenkatalog wahr wird, wird wohl unter anderem der Schattenbericht der NGOs zeigen.